

DER WOCHENRÜCKBLICK

Herausgegeben von der

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG e.V.
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. 030 557793-51, Fax: -40

Gefördert durch



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine interessante und informative Lektüre
wünscht Ihnen

Irina Bitter

INFORMATIONEN AUS INSTITUTIONEN UND POLITIK

Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur stärken

sueddeutsche.de

Ausgezeichnet

Lokaljournalistenpreis für Rundschau-Nachwuchs

Wie wirkt der Mauerfall vor 30 Jahren bis heute nach?

lr-online.de

hz.de

Gedenkstätte Berliner Mauer öffnet wieder

rbb24.de

Dokuzentrum wieder offen

berliner-woche.de

Die „Runde Ecke“ öffnet wieder ihre Pforten

lvz.de

Frankfurt soll Standort des Stasi-Unterlagenarchivs bleiben

rbb24.de

Cottbus bekommt nur Außenstelle der Stasiunterlagenbehörde

niederlausitz-aktuell.de

Schwerin oder Rostock - Wohin mit den Stasi-Akten?

ndr.de

Opfer der SED-Diktatur verhöhnt: Ostbeauftragter kritisiert umstrittene Verfassungsrichterin

berliner-kurier.de

rnd.de

sueddeutsche.de

Neue Verfassungsrichterin relativierte Schüsse an der Mauer und demonstriert mit der Antifa

epochtimes.de

Verfassungsrichterin Borchardt

Eine Extremistin soll die Verfassung schützen - na und?

cicero.de

Interview mit Barbara Borchardt

nordkurier.de

30 Jahre Demokratie in Schwedt

moz.de

Das Ende des Jahn-Sportparks ist besiegelt

Obwohl der Bezirk Pankow und Bürgerinitiativen gerade für eine Sanierung kämpfen und

berliner-kurier.de

Länderchefs wollen mehr Respekt für den Osten

Die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder fordern mehr Anerkennung für die Erfahrungen und die Lebensleistung früherer DDR-Bürger. Viele von ihnen fühlen sich fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer benachteiligt.

abendblatt-berlin.de

King-Zentrum wird ausgezeichnet

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur überreichte dem Werdauer Martin-Luther-King-Zentrum einen Sonderpreis.

freipresse.de

Als die Industrie in Oranienburg starb

Historikerin Christine Schoenmakers will über die Zeitenwende forschen.

moz.de

Gedenken an die Opfer der politischen Repression nach 1945

Der Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar begrüßt, dass das

Bezirksamt die Ausschreibung für ein künstlerische Gestaltung am Roedeliusplatz neben dem ehemaligen Stasigelände zum „Erinnerungs-und Gedenkort“ auf den Weg gebracht hat.

[youtube.com](https://www.youtube.com)

Letztes Tresor-Geheimnis vom DDR-Spionage-Chef gelüftet

[bz-berlin.de](https://www.bz-berlin.de)

Nieder Neuendorfer Brückengeheimnis gelüftet

[moz.de](https://www.moz.de)

Untersuchungsausschuss in Berlin

Grütters steht zu Entlassung von Gedenkstättendirektor Knabe

[rbb24.de](https://www.rbb24.de)

[faz.net](https://www.faz.net)

Kulturstaatsministerin Monika Grütters hatte sich gegen den Untersuchungsausschuss zur Entlassung von Hubertus Knabe ausgesprochen. Nun wurde sie dort befragt.

[tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de)

WEIßRUSSLAND

Lukaschenko will Proteste in Weißrussland verhindern

Seit 25 Jahren steht Alexander Lukaschenko an Weißrusslands Spitze.

Vor der kommenden Präsidentschaftswahl will er keine

Protestbewegungen zulassen.

[handelsblatt.com](https://www.handelsblatt.com)

AUS DEN VERBÄNDEN

Kinderheim Werftpfuhl: Interviewprojekt

Für ein Interviewprojekt zum Kinderheim Werftpfuhl suche ich Menschen, die zwischen 1947 und 1987 in Werftpfuhl oder den später angegliederten Heimen Groß Köris, Bollersdorf und/oder Borgsdorf untergebracht waren. Ich führe lebensgeschichtliche Videointerviews – in der Regel bei den Menschen in ihrem Zuhause. Diese Interviews werden im Original, völlig unbearbeitet, in das Archiv der Bundesstiftung eingelagert werden, um sie als historische Quelle im Sinne von oral history u.a. zu forschungsrelevanten Fragestellungen nutzen zu können. Das Projekt wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert und läuft bis Mitte 2021.

Für dieses Projekt suche ich sowohl ZeitzeugInnen, die zu einem lebensgeschichtlichen Videointerview bereit wären als auch solche, die zwar kein solches Interview geben möchten, mir aber – ohne Aufzeichnung – von ihren Erfahrungen erzählen würden und mich eventuell ihre bisher gefundenen Heimakten einsehen ließen oder mir gar zur Verfügung stellen würden. Für jede Art der weiterhelfenden Information bin ich dankbar. Sie erreichen mich unter pohlmeier@alexandra-pohlmeier.de oder

unter 01578/488 29 69.


Seit über 15 Jahren führe ich, Alexandra Pohlmeier, Filmemacherin seit 1986, lebensgeschichtliche Interviews mit Menschen, die in der DDR Repressionen ausgesetzt waren.

UOKG

Unverständnis für Wahl zur Verfassungsrichterin

Pressemitteilung 26. Mai 2020

In der vergangenen Woche ist bekannt geworden, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern die als linksextrem geltende Linken-Politikerin Barbara Borchardt zur Richterin am Verfassungsgericht gewählt hat. Borchardt ist Mitbegründerin der „Antikapitalistischen Linken“, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2018 im Kapitel Linksextremismus aufgeführt ist. Auch nach ihrer Wahl sieht sie keine Berührungspunkte zu ihrem neuen Amt. Der UOKG-Vorsitzende Dieter Dombrowski hat sich an alle Fraktionsvorsitzenden des Landtags gewandt und jegliches Verständnis für die konkrete Entscheidung abgesprochen. Den entsprechenden Brief finden Sie anbei.

 200526_FraktionenMVVerfassungsrichterin
uokg.de

Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Rückwirkende Anträge für Hepatitis-C-Opfer nur noch bis 30. Juni möglich

Pressemitteilung Nr. 8 vom 3. Juni 2020

Frauen, die in der DDR 1978/1979 nach der Geburt des ersten Kindes die Anti-D-Immunprophylaxe benötigten und mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert wurden, haben aus humanitären und sozialen Gründen Anspruch auf finanzielle Hilfen. Zum Beginn des Jahres 2020 trat eine Novellierung des AntiD-Hilfegesetzes in Kraft, das den geschädigten Frauen eine Verbesserung ihrer materiellen Situation zusichert. Betroffene Frauen mit Wohnsitz in Brandenburg müssen den Antrag bis zum 30. Juni 2020 beim Landesamt für Soziales und Versorgung stellen, um [weiter](#)

Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke"

Über 400 Besucher zur Wiederöffnung der Gedenkstätte Museum in der "Runden Ecke" mit dem Museum im Stasi-Bunker am Pfingstwochenende

Nachdem die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker aufgrund der Corona-Maßnahmen mehrere Wochen geschlossen bleiben musste, konnten die Ausstellungen an beiden Orten in Leipzig und Machern zu Pfingsten wieder ihre Türen für die Besucher öffnen. Unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln konnten allein an dem Pfingstwochenende insgesamt über 400 Interessierte die Ausstellungen besichtigen.

Rund 400 Besucher nutzten das lange Pfingstwochenende für eine Besichtigung

des Museums in der „Runden Ecke“ bzw. des Stasi-Bunkers bei Machern. Zwar sind es runde-ecke-leipzig.de

Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

PRESSEMITTEILUNG Schwerin, 5. Juni 2020

Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 Stralsund am 17. Juni 2020 um 16.30 Uhr auf dem Platz des 17. Juni

Zu einer Gedenkveranstaltung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 laden die Landesbeauftragte für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur Anne Drescher, der Stralsunder Thomas Nitz und die Selbsthilfegruppe Stasiopfer am Mittwoch, 17. Juni 2020, um 16.30 Uhr in Stralsund, auf dem Platz des 17. Juni [weiter](#)

Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Birgit Neumann-Becker:

Mit Horst Hennig verliert Sachsen-Anhalt und Deutschland eine bedeutsame Persönlichkeit der Aufarbeitung der Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Horst Hennig beteiligte sich 1950 am demokratischen studentischen Widerstand in Halle und wurde ein überlebender Zeuge des Gulag in Workuta. Horst Hennig übernahm Verantwortung für seine Zeit und die Zukunft unserer Demokratie.

Für Horst Hennig wurde Erinnern zur [weiter](#)

Bezirk Lichtenberg unterstützt würdiges Gedenken an die Opfer der politischen Repression nach 1945.

Pressemitteilung 5. Juni 2020

Der Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar begrüßt, dass das Bezirksamt die Ausschreibung für eine künstlerische Gestaltung am Roedeliusplatz neben dem ehemaligen Stasigelände zum „Erinnerungs- und Gedenkort“ auf den Weg gebracht hat. Außerdem hat die BVV-Lichtenberg gerade eine Vorlage auf den Weg gebracht, die ehemaligen Gebäude mit Hinweisschildern zu versehen, die auf ihre problematische Vergangenheit hinweisen. „Damit wird ein Vorschlag des Aufarbeitungsvereins realisiert, insbesondere an die zu erinnern, die den stalinistischen Verfolgungen nach 1945 und in der DDR ausgesetzt waren, die von Institutionen an diesem Platz ausgingen.“ Am Platz war die Standortkommandantur von Lichtenberg ansässig, zwei Polizeibehörden, im Gericht wurden auch politische Prozesse durchgeführt. Das heutige Finanzamt war das Ursprungshaus des Ministeriums für Staatssicherheit. Die Adresse Normannenstraße 22 war die ganze DDR-über die Hauptadresse des MfS. „Unterschätzt worden ist insbesondere die Bedeutung der Haftanstalt hinter dem Gericht in der Magdalenenstraße. Vom dort ansässigen sowjetischen Militärgericht wurden nach dem zweiten Weltkrieg hunderte von Todesurteilen und Langstrafen verhängt. Auf das Konto dieses Gerichtes gehen mehr Tote als an der Berliner Mauer. Zu DDR-Zeiten war es eine zentrale Untersuchungshafteinrichtung des MfS, ohne die der Haftkomplex in

Hohenschönhausen gar nicht funktioniert hätte.“

Das Bürgerkomitee hatte im Jahr 2017 vorgeschlagen an diese Geschichte zu erinnern. Anfangs hatte es durchaus Widerstand bei Stadtplanern gegeben, bis das Bezirksamt den Vorschlag aufgriff und den Runden Tisch einrichtete. „Wir finden es bemerkenswert, dass es in einem Bezirk der zu DDR-Zeiten stark von den Institutionen geprägt war, die jetzt kritisch betrachtet werden, nach sicher kontroversen Diskussionen am Runden Tisch zu einem Konsens gekommen ist. Die Geschichte ist ja auch nicht unkompliziert. Dass die sowjetischen Besatzungsorgane hier agierten, war Folge des deutschen Angriffskrieges und viele anfangs Inhaftierte waren in NS-Untaten verstrickt. Dennoch wurde hier vielfach Recht gebeugt und in späteren Jahren wurden überwiegend Gegner der des neuen Regimes abgeurteilt“, so Christian Booß, Vorsitzender des Vereins.

Online-Stream zum Thema auf YouTube.de:

[youtube.com](https://www.youtube.com)

REHABILITIERUNG UND ENTSCHÄDIGUNG

Rückwirkende Anträge für Hepatitis-C-Opfer nur noch bis 30. Juni möglich

Frauen, die in der DDR 1978/1979 nach der Geburt des ersten Kindes die Anti-D-Immunprophylaxe benötigten und mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert wurden, haben aus humanitären und sozialen Gründen Anspruch auf finanzielle Hilfen. Zum Beginn des Jahres 2020 trat eine Novellierung des AntiD-Hilfegesetzes in Kraft, das den geschädigten Frauen eine Verbesserung ihrer materiellen Situation zusichert. Betroffene Frauen mit Wohnsitz in Brandenburg müssen den Antrag bis zum 30. Juni 2020 beim Landesamt für Soziales und Versorgung stellen, um [weiter](#)

Analytiker des Unrechtsstaats – Zum Tod Wolfgang Schullers in Konstanz

[tabularasamagazin.de](https://www.tabularasamagazin.de)

CAMPUS FÜR DEMOKRATIE

STASI-Spionage: HVA-Exponate ins MUSEUM

3. Juni 2020

Das DDR-Museum hat Einbaumöbel aus der Leitungsebene von Markus Wolf und Werner Großmann der ehemaligen DDR-Spionageverwaltung der Stasi (HV A) erhalten. Zeitnah soll ein Panzerschrank aus diesen Etagen im DDR-Museum zu sehen sein. Durch Vermittlung des Aufarbeitungsvereins Bürgerkomitee 15. Januar e.V. konnten Fachleute aus dem Berliner Privatmuseum die Einrichtungsgegenstände abbauen und sichern. "Wir sind froh, dass sich jemand gefunden hat, der die Sachen fachmännisch und sicher verwahrt." Der Verein dankt ausdrücklich dem Besitzer der Immobilie auf dem ehemaligen Stasigelände in Berlin, der Aris GmbH. Diese hatte dem Verein angeboten,

vor der anstehenden Sanierung, museal interessante Gegenstände zu entnehmen. Es zeigt sich, dass die Privateigentümer auf dem Gelände wesentlich aufgeschlossener gegenüber der historischen Überlieferung sind, wenn man nur mit Ihnen redet. Das wird von staatlicher Seite bisher zu wenig getan. Nach Auffassung des Vereins hätte es auch andere Möglichkeiten gegeben, die Raumeinrichtung im Spionagegebäude zu retten, etwa durch Abmietung ganzer Etagen. "Es hat sich aber gezeigt, dass außer dem Kultursenator kein Interesse gezeigt hat. Es fehlt nach wie vor ein Verständnis für die Bedeutung des Gesamtensembles." Die Bundeskulturverwaltung fokussiert nur auf ihre Gebäude. Die HVA, Hauptverwaltung Aufklärung, war eine größten Abteilungen innerhalb der Stasi und spionierte vornehmlich Richtung Westeuropa. Die Informationen wurden dann auch an den sowjetischen KGB weitergegeben. Seit Ende der 1970er Jahre war die DDR-Spionage in einem 13-geschossigen Neubau an der Frankfurter Allee untergebracht. Nach dem Ende der Stasi 1990 hatte dort vorübergehend die Deutsche Bahn AG das Gebäude angemietet. Seither stehen die Gebäude überwiegend leer. Das Bürgerkomitee wird sich auch weiterhin für eine Weiterentwicklung des Gesamtensembles der ehemaligen Zentrale des MfS bemühen - und fordert insbesondere die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger auf schnellstmöglich zu einem Gesamtkonzept "Campus für Demokratie" weiterzuentwickeln.

Ansprechpartner.
Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V.
Dr. Christian Booß
Ruschestr. 103, 10365 Berlin
bueko_1501_berlin
0171-5311140

Führungen übers Stasi-Gelände

Lichtenberg. In kleinen Gruppen sind nun wieder Führungen über das ehemalige Stasi-Gelände zwischen Normannen- und Ruschestraße möglich. Der Verein Bürgerkomitee 15. Januar veranstaltet die informativen Spaziergänge unter Einhaltung der Abstands- und Hygienevorschriften. Nächste Termine: 7. und 21. Juni, jeweils um 11 Uhr. Treffpunkt ist Haus 1 in der Ruschestraße 103. Der Rundgang mit dem Titel „Stasi contra Kiez“ dauert circa 90 Minuten und kostet acht Euro pro Teilnehmer, reduzierte Gruppentarife sind möglich. Anmeldung und Infos unter bueko_1501_berlin@web.de oder 0171 531 11 40

DDR-Vereinigungskriminalität

Tarnfirmen und geheime Konten: Wie die SED ihr Vermögen versteckte
berliner-zeitung.de

Vorgeschichte der DDR

Die Ankunft der Gruppe Ulbricht im Nachkriegs-Berlin
deutschlandfunk.de

75 Jahre Kriegsende

Mythos Antifaschismus: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untersuchen den Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten im Bildungswesen der DDR.
tagesspiegel.de

Das Ende der Teilung Deutschlands begann in Polen

vorwaerts.de

Vor 30 Jahren werden in der DDR untergetauchte

RAF-Terroristen verhaftet

berliner-zeitung.de

DDR-Pokalfinale 1990 : Alles war wichtiger als Fußball

Reiner Calmund auf der Tribüne, Matthias Sammer auf dem Rasen und die Wende unterm Brennglas: Das DDR-Pokalfinale vor 30 Jahren bietet geschichtsträchtigen Stoff. Vor allem neben dem Platz.

faz.net

mdr.de

Wie die Stasi zum Heavy Metal kam

pnn.de

DIVERSES

Privatfotos fürs Geschichtsmuseum

DHM sucht Bilder aus Ostdeutschland von Amateurfotografen
berliner-woche.de

Kosaken-Tragödie an der Drau

Wie die Briten in Osttirol Tausende in den sowjetischen Lagertod schickten.
unsertirol24.com

Vor 75 Jahren Der Beginn des „Brünner Todesmarsches“

deutschlandfunk.de

Thomas Piketty: „Kapital und Ideologie“

Jenseits von Kapitalismus und Kommunismus
Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty
zeichnet in seiner wirtschaftspolitischen Weltbetrachtung ...
deutschlandfunk.de

VERANSTALTUNGSINFORMATIONEN

Penig, Di. 9. Juni 2020, 9.00 - 17.00

Bei einer Bürgersprechstunde im Peniger Ratssaal können sich Opfer von SED-Unrecht am 9. Juni von 9 bis 17 Uhr zu Möglichkeiten der strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung beraten lassen. Im Auftrag des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur steht vor Ort Manfred Buchta für Fragen zur Verfügung, teilt die Landesbehörde mit. Er gibt Hinweise, wie die rechtsstaatswidrige Verurteilung aus dem Strafregister entfernt werden kann, wie man sich vom Makel persönlicher Diskriminierung befreien und soziale Ausgleichsleistungen in Anspruch nehmen kann. Darüber hinaus informiere Buchta über die SED-Opferpension - eine monatliche Zuwendung von 330 Euro für diejenigen, die in der DDR aus politischen Gründen mindestens 90 Tage in Haft waren.

Ort: Peniger Ratssaal

Online-Werkstattgespräch

Mi. 10. Juni 2020, 19.00

Weibliche Devianzen in jugendlichen Subkulturen

Gäste: Henrike Voigtländer, Anne Hahn, Dr. Nina Reusch (Moderation)

Online-Werkstattgespräch in der Reihe: UNANGEPASST. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR

Auch in Zeiten einer globalen Pandemie wollen wir unsere Veranstaltungsreihe „UNANGEPASST“ fortführen und nun digital mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Die Reihe richtet den Fokus auf Frauengruppen, die politisch, sozial oder (sub-)kulturell von den sozialistischen Normen abwichen. Expertinnen und Zeitzeuginnen stellen in einem Online-Werkstattgespräch den aktuellen Forschungsstand vor und vermitteln die Perspektive der Betroffenen.

Frauen waren Teil der subkulturellen Szenen in der DDR. Trotzdem scheinen sie in der bisherigen Aufarbeitung dieses Teils der DDR-Geschichte eher nicht im Fokus der Betrachtung zu stehen. Gefragt werden soll, welche geschlechtsspezifischen Erfahrungen Frauen innerhalb der subkulturellen Szenen gemacht haben und ob seitens der verfolgenden DDR-Behörden spezifische Kriminalisierungsstrategien erkennbar sind.

Das Werkstattgespräch findet als Webinar über Zoom statt. Die Teilnahme ist **nur nach vorheriger Anmeldung** möglich. Diese richten Sie bitte bis zum 04.06.2020 per Mail an Ulrike Rothe (rothe@agentur-bildung.de).

[Veranstaltungsflyer \(pdf\)](#)

Das Gespräch wird von der Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und

Medien e.V. in Kooperation mit der Robert Havemann-Gesellschaft und dem Archiv für Jugendkulturen e.V. durchgeführt. Die Reihe „Unangepasst“ wird gefördert von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Öffentlicher Vortrag

Berlin, Mo. 06. Juli 2020, 18.00

In der aktuellen Debatte um die Treuhandanstalt spielen deren Akten eine große Rolle. Immer wieder wird der umfassende und schnelle Zugang zu ihnen gefordert und die Erwartung geäußert, dass viele Fragen, die die Menschen vor allem in den ostdeutschen Ländern bis heute umtreiben, anhand der Akten endlich beantwortet werden können. Der Vortrag wird die Struktur der schriftlichen Überlieferung zur Treuhandanstalt und die Möglichkeiten des Aktenzugangs thematisieren. Er wird außerdem der Frage nachgehen, welche Rolle die Akten im Zuge der Aufarbeitung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Ostdeutschland spielen können und sollten.

Vortrag von Maria von Loewenich im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Die überforderte Behörde. Neue Forschungen zur Treuhandanstalt“.

[Veranstaltungsflyer](#)

Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Vortragsreihe wird live ins Internet übertragen, je nach Entwicklung der Corona-Pandemie ggf. auch vor Ort stattfinden
Kronenstraße 5
10117 Berlin